

# Landesverteidigung

## Keine neuen Abstriche bei der Armee

von Heidi Gmür, NZZ, 20.9.2016

Das Parlament bleibt dabei: Die Armee soll künftig 5 Milliarden Franken pro Jahr ausgeben dürfen. Nach der kleinen Kammer hat am Dienstag auch der Nationalrat den vom Bundesrat beantragten tieferen Betrag abgelehnt.



Der scheidende Armeechef André Blattmann und Rüstungschef Martin Sonderegger scheinen zufrieden mit Kommissionssprecher Thomas Hurter und den Entscheiden des Nationalrats. (Bild: Anthony Anex / Keystone)

Für Befürworter wie SVP-Nationalrat Werner Salzmann (Bern) ist es «ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer modernen Artillerie». Für Gegner wie SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf (Zürich) entspringt es derweil «einem völlig veralteten Kriegsbild». Die Beschaffung von 32 12-Zentimeter-Mörsern für insgesamt 404 Millionen Franken war im Nationalrat das einzige umstrittene Projekt des Rüstungsprogramms 2016. Es ist ein System zur Sicherstellung der indirekten Feuerunterstützung auf kurze Distanz (bis 10 Kilometer) und wird laut Bundesrat

benötigt, um den Verteidigungsauftrag der Armee zu erfüllen; das alte System ist bereits seit dem Jahr 2009 nicht mehr im Einsatz.

Seither verfüge die Schweizer Armee über kein Waffensystem mehr, das speziell in städtischen Gebieten eine wirkungsvolle Kampfunterstützung leisten könne, sagte Salzmann am Dienstag im Nationalrat. Für die SP entspricht der Kauf der Mörser hingegen nicht den tatsächlichen Bedrohungen der Schweiz, wie sie etwa Cyberkriminalität, Terrorismus und Naturkatastrophen darstellten.

Verteidigungsminister Guy Parmelin fragte derweil die Skeptiker, ob sie denn vor zwei Jahren einen Grenzkonflikt in Europa wie jenen zwischen Russland und der Ukraine hätten voraussagen können. Der Antrag von SP und Grünen auf Verzicht auf die Mörser wurde mit 135 zu 52 Stimmen abgelehnt. Anschliessend passierte das Rüstungsprogramm 2016 im Wert von 1,34 Milliarden Franken, das unter anderem auch schultergestützte Mehrzweckwaffen, Lastwagen und Patrouillenboote enthält, mit 135 zu 37 Stimmen bei 15 Enthaltungen. Der Ständerat es bereits im Juni gutgeheissen.

Nurmehr ein Scheingefecht war die Diskussion über den Zahlungsrahmen der Armee für die Jahre 2017 bis 2020. Bereits mehrfach hatte die bürgerliche Mehrheit im Parlament klargemacht, dass sie die Armee von Sparsbemühungen ausnehmen und mit einem jährlichen Budget von 5 Milliarden Franken ausstatten will. Der Bundesrat lenkte im März ein und liess verlauten, er akzeptiere den Parlamentsbeschluss. Salzmann zielte daher ins Leere, als er der Regierung vorwarf, den Willen des Parlaments zu missachten. Aus formellen Gründen hatte das Parlament dennoch über den früheren Beschluss des Bundesrats zu befinden, der einen Zahlungsrahmen von nur 18,8 statt 20 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre vorsieht. Wie bereits der Ständerat beschloss der Nationalrat konsequenterweise mit 128 gegen die 61 Stimmen der SP, der Grünen und Grünliberalen, auf diesen Beschluss nicht einzutreten.